

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN



IN DEN FUSSTAPFEN VON JOHANNES RAU NRW-MINISTERPRÄSIDENTIN HANNELORE KRAFT VERTIEFT KONTAKTE ZU ISRAEL



Die „Halle der Namen“ in Yad Vaschem. Hier werden Namen und persönliche Daten der Opfer des Holocaust gesammelt

Sie treten in die Fußstapfen von Johannes Rau. Der war ein Freund Israels. Auch sie sind eine Freundin Israels“, sagte Staatspräsident Shimon Peres zu Hannelore Kraft in Jerusalem. Ein großes Kompliment für NRWs Ministerpräsidentin, das der WDR prompt nach Deutschland sendete, denn Johannes Rau war der deutsche Politiker, der die Beziehungen beider Länder wohl am intensivsten lebte und pflegte. Eine Stunde diskutierten Peres und Kraft. „Wir müssen die Menschen unterstützen, nicht die Machthaber“, sagte Shimon Peres zu den Umwälzungen in den arabischen Nachbarstaaten. Um den Konflikt zwischen Israel und Palästinensern zu lösen, müssten zwei Staaten gebildet werden, so Peres weiter.

Ihre erste Reise als Ministerpräsidentin und amtierende Bundesratspräsidentin führte Han-

nelore Kraft nicht zufällig nach Israel. „Wir haben ein besonderes Verhältnis zu diesem Land. Das betont diese Reise“, begründete Kraft ihren fünftägigen Besuch. Nach ihrer Anreise verbrachte sie zwei Tage auf israelischem und zwei Tage auf palästinensischem Gebiet, sprach mit Regierungs- und Oppositionspolitikern, mit

palästinensischen Frauen und Holocaust-Überlebenden, besuchte die Polizeischule Jericho sowie die Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Freiwilligendienstes Aktion Sühnezeichen im Kibbutz Ramat Rahel.



Verleihung des Verdienstordens des Landes Nordrhein-Westfalen an den ehemaligen israelischen Botschafter Avi Primor

AVI PRIMOR ERHÄLT NRW-VERDIENSTORDEN

Dem ehemaligen Botschafter Avi Primor verlieh Kraft den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen. Als israelischer Botschafter in Deutschland wurde Primor eine der wichtigsten Stimmen des deutsch-israelischen Dialogs und schließlich Mitbegründer eines Studienganges der Düsseldorfer Universität über Europäische Studien, in dem palästinensische, israelische und jordanische Jugendliche ein Jahr lang gemeinsam lernen. Über politische und religiöse Grenzen hinweg sei es Primor gelungen, Geschichte lebendig zu halten, so Kraft, die in Israel auch mit Studierenden des Studienganges zu einem Gespräch zusammentraf.

Das Ziel der Reise sei es, die „Kontakte zu vertiefen“, so Kraft. Dabei half ihr nicht zuletzt eine weitere Begleiterin aus NRW, Christina Rau, die Kraft bereits zum zweiten mal nach Israel begleitete. Bei dem dritten Johannes Rau Symposium der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tel Aviv sprach Hannelore Kraft über die Notwendigkeit von langfristigem Denken in der Wirtschafts- und

Sozialpolitik. Christina Rau betonte einmal mehr die tiefe Bedeutung der Beziehungen Deutschlands zu Israel, die für ihren Mann zeitlebens so wichtig waren. Eine Selbstverständlichkeit hingegen, seien sie für ihn nie gewesen, sagte sie.

Keine Selbstverständlichkeit war für Hannelore Kraft auch der Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem. In Erinnerung an die Verfolgung und Ermordung von sechs Millionen Juden legte sie einen Kranz und Blumen nieder und betete. In das Gästebuch schreibt Kraft folgenden Satz: „Das unvorstellbare Leid ist nicht anonym. Namen und Gesichter sind uns Verpflichtung, die Erinnerung wach zu halten und mahnen uns, auf ewig für die Zukunft.“ (mün) ■

POLITISCHER ASCHERMITTWOCH IN SCHWERTE

NORBERT RÖMER UND REINER PRIGGEN ZIEHEN POSITIVE ZWISCHENBILANZ ROT-GRÜNER REGIERUNGSZUSAMMENARBEIT

Immer wieder brandete tosender Applaus im Saal des Waldrestaurants „Freischütz“ auf. Beim traditionellen Politischen Aschermittwoch der NRWSPD in Schwerte begeisterten die beiden Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien die 800 Zuhörerinnen und Zuhörer. Unter den Gästen waren auch prominente Vertreter aus der Landes- und Bundespolitik sowie zahlreicher befreundeter Organisationen.



Reiner Priggen, Norbert Römer

Der Fraktionsvorsitzende der NRWSPD, Norbert Römer, ging in seiner Rede mit der Schwarz-Gelben Vorgängerregierung hart ins Gericht. Diese habe die Kommunen ausbluten lassen und ohne klares politisches Konzept gewirtschaftet. Nun sei endlich Schluss mit „Privat vor Staat“ rief Römer unter dem Applaus des Publikums. Die NRWSPD habe ihre Wahlversprechen eingehalten betonte er und verwies etwa auf die zügige Abschaffung der Studiengebühren zum kommenden Winterse-



mester. Bildung müsse kostenfrei sein und zwar vor der Schule, in der Schule und nach der Schule. Es gelte darüber hinaus, die Kommunen weiter zu stärken und handlungsfähiger zu machen. In diesem Zusammenhang stellte Römer auch die Rolle des Bundes heraus, der endlich seiner Verantwortung gerecht werden müsse. Abschließend machte der Fraktionsvorsitzende noch einmal klar: Wenn sich die CDU der politischen Auseinandersetzung entziehe und gegen den Landeshaushalt 2011 vor dem Landesverfassungsgericht klage, werde die SPD ihr das nicht durchgehen lassen. Man scheue sich dann auch nicht, die Wählerinnen und Wähler zu befragen, welchen Weg sie für Nordrhein-Westfalen wollen.

Reiner Priggen, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, der als Gastredner beim Politischen Aschermittwoch in Schwerte herzlich empfangen wurde, lobte die konstruktive Zusammenarbeit von SPD und Grünen im Landtag und verwies auf die politischen Erfolge, die Rot-Grün bereits nach wenigen Monaten der Regierungszeit aufzuweisen habe. Das hohe Maß an gegenseitigem Vertrauen, mit dem die Koalitionspartner zusammenarbeiteten, sei dafür eine wichtige Voraussetzung. ■



Volles Haus und gute Stimmung im „Freischütz“ in Schwerte

WIR KOMMEN ALLE IN DEN HIMMEL

INTERKULTURELLER POLITISCHER ASCHERMITTWOCH DER SPD KREFELD

Mit dem diesjährigen Gastredner konnten die Krefelder Sozialdemokraten eine NRW-weite Premiere feiern: Aiman A. Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland, war der Einladung zum Politischem Aschermittwoch gerne gefolgt. Der „deut-

sche Muslim mit syrisch-alemannischem Hintergrund“, wie er sich selbst bezeichnet, griff die aktuelle Integrationsdebatte auf und plädierte dafür, das Gemeinsame zu sehen und zu leben: Unsere kulturellen Wurzeln im Arabischen, im Griechischen, im Römischen und – im Rheinischen. ■



(von links) Aiman A. Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime; Dilan Ceylan, stellv. Vorsitzende SPD Krefeld; Uli Hahnen, MdL; Bernd Scheelen, MdB

SCHONUNGSLOSE ABRECHNUNG MIT DER BUNDESREGIERUNG

BARBARA HENDRICKS BEIM POLITISCHEN ASCHERMITTWOCH IN BOCHOLT

Die Besucher beim Politischen Aschermittwoch der SPD im Kreis Borken kamen voll auf ihre Kosten. Ein engagierter UB-Vorsitzender Christoph Pries und die gut aufgelegte Barbara Hendricks gingen schonungslos mit dem politischen Gegner um. Im Mittelpunkt stand der Offenbarungseid des einstigen CSU-Shootingstars zu Guttenberg. In Anspielung an Münchhausen beschrieb Pries den Abgang zu Guttenbergs mit den Worten:



FOTO: ANDRESEN-PRESSESERVICE

Barbara Hendricks, MdB und Schatzmeisterin der SPD

„Der schwarze Baron macht sich auf seiner Kanonkugel davon“. Doch nicht nur der Ex-Doktor aus Bayern bekam sein Fett weg. Ob Reiner Bröderle, den Barbara Hendricks als „König des Sommerlochs“ bezeichnete, oder Philipp Rösler, der als „Praktikant in Sachen Gesundheitspolitik“ unterwegs sei, bis hin zu Dirk Niebel, der mit seinem Auftreten die „Grenzen des guten Geschmacks“ überschreite – sie alle haben, so die „westfälische Rheinländerin“ Barbara Hendricks, die bürgerlichen Werte über Bord geschmissen. ■

ABSCHAFFUNG DER STUDIENGEBÜHREN EIN GEBOT DER SOZIALEN GERECHTIGKEIT

SVENJA SCHULZE: DIE BISHERIGEN EINNAHMEN AUS DEN STUDIENGEBÜHREN WERDEN DEN HOCHSCHULEN ERSETZT.

Am 24. Februar hat der Landtag in Nordrhein-Westfalen beschlossen, dass die Studiengebühren zum Wintersemester 2011/12 abgeschafft werden. Die SPD-geführte Landesregierung hat damit eines ihrer zentralen Wahlkampfversprechen eingelöst.

Warum hat die SPD die Studiengebühren abgeschafft? Wir sind im Landtagswahlkampf mit dem Schwerpunkt „Beste Bildung für alle“ angetreten. Kernelement ist, dass Bildung entlang der gesamten Bildungskette gebührenfrei sein soll, also von der Kita bis zur Hochschule. Die Abschaffung der Studiengebühren ist dabei eines der wichtigsten Bausteine und ein deutlicher Wendepunkt in der Landespolitik: Bildung ist nicht länger Privatsache und vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Das ist ein großer Erfolg der NRWSPD und vor allem auch der Jusos, die sehr engagiert für die Abschaffung gekämpft haben. Wir können den Staffelstab jetzt an die anderen Bundesländer weitergeben: Es ist absehbar, dass Hamburg das nächste Bundesland ist, in dem es keine Studiengebühren mehr geben wird.

Wieso sind Studiengebühren sozial ungerecht? Studiengebühren wirken sozial abschreckend und verhindern eine höhere Bildungsbeteiligung der Studierenden aus einkommensschwachen Herkunftsfamilien. Ohne Studiengebühren würden z.B. mehr einkommensschwache Studieninteressierte ein Studium aufnehmen. Die Abschaffung der Studiengebühren war darum ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit. Hätte es Studiengebühren gegeben, als ich Abi gemacht habe, hätte ich nicht studieren können. Deshalb konnte ich auch die zahlreichen Proteste der Studierenden gut verstehen. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche in NRW so gut wie möglich ausgebildet werden. Bildung ist einer der wichtigsten Schlüssel für die Zukunft: Denn Bildungspolitik ist nicht nur die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts – sie ist auch Wirtschafts- und Finanzpolitik. Bildung vermeidet soziale Reparaturkosten, schafft persönlichen und wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn und generiert Fortschritt. Und außerdem wollen wir, dass Aufstieg durch Bildung endlich wieder möglich ist.

Fehlt den Universitäten jetzt das Geld für bessere Studienbedingungen? Ein klares Nein. Während in anderen Ländern Europas und auch in einigen unserer Bundesländer die Bildungsausgaben gekürzt werden, investieren wir in Bildung. 4,5 Milliarden Euro bekommen unsere Hochschulen und Unikliniken jedes Jahr vom Land. Die bisherigen Einnahmen aus den Studien-



Svenja Schulze, Ministerin für Innovation, Wissenschaft und Forschung

gebühren (rund 249 Mio. Euro) werden darüber hinaus den Hochschulen über den Landeshaushalt ersetzt. Die Gelder werden nach dem Prinzip „Geld folgt den Studierenden“ verteilt – denn alle Studierenden sind uns gleich viel wert. Und wir behandeln mit diesem Verteilungsschlüssel alle Hochschulen gleich. ■

DIE NRWSPD GRATULIERT IM APRIL...

... ZUM GEBURTSTAG

- 101 Jahre** Erich Meltzow
- 100 Jahre** Friedrich Brauner
Martha Nitsche
- 98 Jahre** Else Biedermann
Josef Dankwart
Berta Zwingelberg
- 97 Jahre** Stefanie Hansen
Elli Schmitz
- 96 Jahre** Marianne Gottschalk
Herta Meyer
Wilhelm Rabert
Hilde Scharfe
Karoline Wehking

... ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

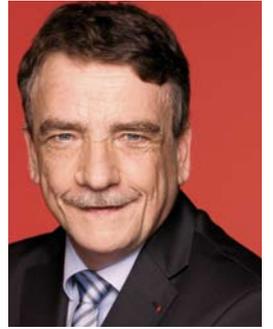
- 65 Jahre** Heinrich Branning
Waltraut Grunau
Erwin Ostmann
Emmi Steffes
Matthias Wynands
- 55 Jahre** Heinz Beck
Hubert Beughold
Erhard Brede
Erich Heckelmann
Josef Huff
Hubert Schmitz
Heinrich Westerteicher
Fritz Wüstenbecker
- 50 Jahre** Mathias Breuer
Erwin Felkel
Wilhelm Granert
Gerda Ihmann
Herbert Lönnendonker
Klaus-Rainer Neumann
Anneliese Prinz
Winfried Ridder
Detlef Rosenbach
Walter Scherf
Karl Schreyer
Fritz Wolf
Karl Zawadzky

REFORMBAUSTELLE BUNDESWEHR

DRINGENDER NACHSTEUERUNGSBEDARF

Von Michael Groschek

Wichtige Grundsatzentscheidungen zur Zukunft der Bundeswehr wie das Aussetzen der Wehrpflicht und der verringerte Personalumfang sind von der Bundesregierung gefällt worden. Aber: Nach neun Monaten Debatte um die Neuausrichtung der Bundeswehr hat Ex-Verteidigungsminister zu Guttenberg eine riesige Reformbaustelle hinterlassen, denn wichtige Entscheidungen stehen noch aus.



Michael Groschek, Generalsekretär der NRWSPD

Insbesondere die Lösung von drei Problemen:

1. Mir ist die sicherheitspolitische Ableitung von geforderten Fähigkeiten für die Streitkräfte zu kurz gekommen. Alles vom Einsatz her zu denken, wie es Vorgabe des Ministers war, macht dann Sinn, wenn klar ist, für welche Aufgaben die Bundeswehr künftig ausgerichtet werden soll. Doch eine ernsthafte Diskussion hat es darüber weder im Kabinett, noch im Bundestag und auch nicht in der Öffentlichkeit gegeben. Die Chance, in einer engen Abstimmung mit unseren europäischen Partnern, die alle unter erheblichen Einsparzwängen stehen, einen großen Schritt in Richtung europäische Armee zu gehen, ist vertan.
2. Treiber der Reform war zunächst die Sparauflage des Finanzministers von 8,3 Milliarden Euro bis 2014. Doch mit diesem Mittelansatz kann eine Stärke von bis zu 185.000 Soldatinnen und Soldaten mit moderner, auftragsgerechter Ausrüstung nicht finanziert werden. Jedem, der das Ende der Wehrpflicht bei unseren Verbündeten beobachtet hat, war klar, dass selbst eine drastisch kleinere Freiwilligenarmee nicht billiger wird. Es muss schnellstens Klarheit geschaffen werden, welche Stärke die Bundeswehr haben soll und dieses muss mit einer seriösen Finanzplanung hinterlegt werden.
3. Die Bundeswehr ist nicht vorbereitet auf das Ende der Wehrpflicht. Es fehlen Konzepte und Gesetze, um den Dienst für Freiwillige attraktiv zu machen. Der Heeresinspekteur räumt nun ein, dass der Bundeswehr die Rekruten ausgehen und dass sie 2012 nicht mehr genügend Soldaten für den Afghanistan-Einsatz aufbringen wird. Die Nachwuchsgewinnung ist eine strategische Herausforderung. Dazu muss die Attraktivität des Soldatenberufes im Mittelpunkt eines gesamtgesellschaftlichen Konzeptes zur Stärkung aller freiwilligen Dienste stehen.

Durch die geplante Verkleinerung der Bundeswehr um ca. 80.000 Soldatinnen, Soldaten und zivile Mitarbeiter stehen viele Standorte der Bundeswehr vor der Auflösung. Davon wird auch NRW betroffen sein. Nach alter Planung sollte über die Stationierung bis Mitte des Jahres entschieden werden. Die NRWSPD hat ein großes Interesse, möglichst viele Standorte und Arbeitsplätze bei der Bundeswehr in NRW zu erhalten. Als Sicherheitspolitiker halte ich es für sehr wichtig, dass die Bundeswehr an möglichst vielen Standorten in der Mitte der Gesellschaft präsent bleibt. Wir werden sehr sorgfältig die Vorschläge der Standorte in NRW analysieren und uns dafür einsetzen, dass nicht nur das Bonn/Berlin Gesetz beachtet wird.

Als Urteil bleibt festzuhalten: Die ganze Reform ist nicht zu Ende gedacht und unausgewogen. Die geplante Reform muss überarbeitet werden, weil de Maizière kein bestelltes Haus übernommen hat, wie es sein Vorgänger zu Guttenberg behauptete, sondern eine Baustelle ohne Fundament und Finanzierung.

Es gibt eine gemeinsame Verantwortung aller demokratischen Parteien für die Bundeswehr. Es liegt jetzt am neuen Verteidigungsminister, die Opposition bei Umbau qualifiziert zu beteiligen. ■



ZUKUNFTSKONVENT 2011

In den vergangenen Jahren hat die NRWSPD mit großem Erfolg den Zukunftskonvent in Oberhausen veranstaltet. Persönlichkeiten aus der gesamten Republik und aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen wollen auch in diesem Frühjahr gemeinsam mit uns über eine zukunftsweisende, sozial gerechte und nachhaltige Politik für unser Land diskutieren. Themen – zu denen es jeweils gesonderte Foren geben wird – sollen in diesem Jahr die Infrastrukturpolitik, die ökologische Industriepolitik sowie die Situation der Städte und Gemeinden in NRW sein. Im Fokus steht freilich das Thema der vorsorgenden Investitionen in die Bereiche Kinder, Familie und Bildung.

Der Zukunftskonvent findet statt am 21. Mai 2011 im LVR Industriemuseum, Hansastraße 20, 46049 Oberhausen. Beginn: 11 Uhr.

Weitere Informationen findet ihr in Kürze auf der Seite der SPD in Nordrhein-Westfalen unter www.nrwspd.de, hier im Vorwärts oder in einer der nächsten Ausgaben der Dienstagspost.

IMPRESSUM HERAUSGEBER: Bernd Neuendorf, SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf | REDAKTION: Christian Obrok
EMAIL: vorwaerts@nrwspd.de | INTERNET: www.nrwspd.de